

Notizen

Die seit 1993 bestehende Solidaritätsaktion „Renovabis“ der deutschen Katholiken für die Menschen in Mittel- und Osteuropa hat 1997 mit insgesamt 58,7 Millionen DM 1184 Projekte gefördert. Von diesen Projekten entfielen 200 auf Polen und 169 auf die Ukraine; es folgen die Slowakei (113 Projekte), die Tschechische Republik (89), Ungarn (84) und Rußland (82). Die Einnahmen von „Renovabis“ aus Kollekten und anderen Spenden betragen 1997 insgesamt 22,6 Millionen DM und lagen damit um über drei Millionen höher als im Vorjahr. Dazu kamen 1996 wie 1997 jeweils 38 Millionen DM kirchliche Haushaltsmittel.

Ein Gütesiegel „Arbeit plus“ will die Evangelische Kirche im Rheinland künftig an Unternehmen mit einer „vorbildlichen betrieblichen Beschäftigungspolitik“ verleihen. Die Ende April vorgestellte Aktion versteht sich als ein neuer Weg praktisch angewandter Sozialethik. Nach Vorstellung der Initiatoren soll das Gütesiegel für den Beitrag zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu einem positiven Wettbewerbselement werden. Das Siegel werden nach einem Auswahlverfahren zunächst nordrhein-westfälische Unternehmen erhalten. Die Initiative wird vom Düsseldorf Ministerium für Arbeit und Soziales, von der Bundesanstalt für Arbeit, vom Deutschen Gewerkschaftsbund sowie vom Gerling-Konzern unterstützt.

Ein „vertrauensvoll-offensiven“ Umgang mit den Möglichkeiten des Berufs, seine Integration in die Strukturen der Kirchenleitung und Zielentwicklung forderte Ende April die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Pastoralreferentinnen und -referenten. Die Berufsgruppe leide darunter, daß die Kirchenleitungen wenig Mut zeigten, diese Ressourcen offensiv einzusetzen und Verantwortung zu übertragen. In ängstlicher Sorge um das Priesterbild würden Motivationen einer oft nicht nach ihrer Ausbildung und ihren Möglichkeiten eingesetzten Berufsgruppe und der Erhalt einer qualifizierten Seelsorge verspielt.

In den Niederlanden fand jetzt am 25. April zum dritten Mal ein ökumenischer Kirchentag statt, an dem 15 000 Menschen teilnahmen. Tagungsort war diesmal

Kampen am IJsselmeer, eine Hochburg der „Gereformierten“, der zweitgrößten reformierten Kirche in den Niederlanden. Sie stellten auch die größte Teilnehmergruppe. Der Kirchentag in Kampen stand unter dem Motto „Auf Versöhnung aus“ und befaßte sich gleichermaßen mit politisch-gesellschaftlichen wie mit innerkirchlich-ökumenischen Aspekten des Themas. Redner war u. a. ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser. Er warnte vor einer „billigen“ Versöhnung ohne Wahrheit und forderte die Kirchen dazu auf, sich im Jubiläumsjahr 2000 auf einen Prozeß zu verpflichten, der zu einem universalen Konzil aller Kirchen und Christen führen solle.

Zum neuen Oberhaupt der orthodoxen Kirche Griechenlands wurde Ende April der 59jährige Christodoulos Paraskevaïdis, bisher Bischof des mittelgriechischen Bistums Dimitrias, gewählt. Er tritt als Erzbischof von Athen und ganz Griechenland die Nachfolge von Erzbischof Seraphim an, der seit 1974 amtierte hatte und an Ostern 85jährig verstarb. Der orthodoxen Kirche gehören etwa 95 Prozent der griechischen Bevölkerung an. Sie wird in der griechischen Verfassung als „vorherrschende Religion in Griechenland“ genannt. Dem neuen Erzbischof geht der Ruf voraus, ein aufgeschlossener, für Reformen offener und an guten Beziehungen zu den nichtorthodoxen Kirchen interessierter Geistlicher zu sei. In einer ersten Erklärung nach seiner Wahl bekannte er sich denn auch zur Erneuerung des kirchlichen Lebens in Treue zur Tradition.

Auf der ersten Weltkonferenz für die Ausbreitung des Buddhismus, die Anfang April im japanischen Kyoto stattfand, beklagten buddhistische Repräsentanten einen gewissen Niedergang des Buddhismus in seinen asiatischen Stammländern (Eglises d'Asie, Nr. 263, 16.4.98). Kritisiert wurde u. a. die Passivität der buddhistischen Gläubigen: Alle anderen Religionen seien demgegenüber sehr aktiv. Im Schlußkommuniqué der Konferenz, die in Zukunft alle zwei Jahre stattfinden soll, heißt es: „Wir werden versuchen, die Herrlichkeit des Buddhismus überall dort wiederherzustellen, wo er einmal am Blühen war.“

Trotz der internationalen Gnadengesuche, unter anderen auch von Johannes Paul II., UN-Generalsekretär Kofi Annan und der UN-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson, sind Ende April in Ruanda 22 Personen unter großer öffentlicher Beteiligung exekutiert worden. Ruandische Gerichte hatten sie des Völkermords schuldig gesprochen. Die Hinrichtungen waren die ersten im Zusammenhang mit den Massakern von 1994. Mehrere Hunderttausende Tutsi und gemäßigte Hutu wurden damals von Hutu-Banden umgebracht. Amnesty International verurteilte die Exekutionen als „brutale Vortäuschung von Gerechtigkeit“, die jede Hoffnung auf Versöhnung untergrabe und die Spirale der Gewalt in dem Land fortsetze. Die Hinrichtungen führten zur weiteren Brutalisierung einer Gesellschaft, die doch ihre Wunden zu heilen versuche.

Zu mutigen ökumenischen Schritten im Blick auf die bevorstehende Jahrtausendwende hat der Erzbischof von Canterbury, Georg Carey, bei einer Ansprache in der katholischen Kathedrale von Luxemburg aufgerufen. Er sprach dabei auch den Wunsch an die katholische Kirche aus, sich bei der eucharistischen Gastfreundschaft flexibler zu zeigen. Allerdings könnten weder die theologischen Probleme mit einem Federstrich gelöst werden, noch dürfe man pastorale Gesichtspunkte gegenüber ekklesiologischen Überlegungen ausspielen. Eine Ausweitung eucharistischer Gastfreundschaft könne vor allem für konfessionsverschiedene Paare ein wichtiges Zeichen sein.

Im nächsten Heft

- Wo steht die katholische Soziallehre?
- Der Mainzer Katholikentag
- Die Pfingstkirchen als Teil der Weltchristenheit
- Synodale Vorgänge im Schweizer Katholizismus
- Braucht die Kirche Unternehmensberatung?
- Kroatien und seine katholische Kirche